

All das erhöhte die Gefahr eines direkten militärischen Überfalls auf die UdSSR.

Das Zentralkomitee der Partei und der Sowjetregierung trafen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigung der UdSSR und ihrer äußeren Sicherheit. An dieser Arbeit beteiligte sich aktiv in den letzten Jahren seines Lebens auch F. E. Dzierzynski.

Noch am 18. Februar 1925 unterbreitete er den Entwurf über die Schaffung kleiner, streng geheimer, mit den notwendigen Waffen ausgerüsteter Gruppen auf sowjetischem Territorium, um für den Fall der Einnahme des Gebietes durch den Feind einen Partisanenkrieg zu führen und das feindliche Hinterland zu desorganisieren. Die Vorschläge F. E. Dzierzynskis wurden gebilligt. Der Revolutionäre Kriegsrat wurde beauftragt, innerhalb eines Monats die organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, die für den Partisanenkampf im Rücken des Feindes, für den Fall eines Angriffs gegen die UdSSR notwendig waren.

Als er W. R. Menshinski den Auftrag erteilte, sich mit dieser Angelegenheit in der erforderlichen Weise zu befassen, schrieb Dzierzynski: „Ich messe dieser Vorbereitungsarbeit erstrangige Bedeutung bei.“<sup>44</sup>

Anfang 1926 erhielt die OGPU die Nachricht von der Absicht des englischen Generalstabs, mit Hilfe Polens und anderer an die UdSSR angrenzender Länder eine umfassende Diversionstätigkeit in den sowjetischen Industriebetrieben zu entfalten. Die Organe der OGPU nahmen eine Reihe von Diversanten fest, die mit solchen Aufträgen in die Rayons von Grosneft', des Donezbeckens und Tulas entsandt worden waren. Brände und Explosionen in den Betrieben häuften sich, und eine verstärkte Spionagetätigkeit machte sich **bemerkbar.**

Aus diesem Anlaß empfahl F. E. Dzierzynski am 4. Mai 1926 allen Leitern der für die Landesverteidigung wichtigen Trusts und Werke des Obersten Volkswirtschaftsrates, in kürzester Frist die Zuverlässigkeit und Wachsamkeit des Betriebsschutzes zu überprüfen, die Betriebe mit Brandschutzmitteln zu versorgen und gemeinsam mit der OGPU die Rüstungsbetriebe von jenen ausländischen Staatsbürgern und Rückkehrern zu säubern, deren politisches Gesicht zweifelhaft ist.

Gleichzeitig verpflichtete Dzierzynski die OGPU, die Information